

INTERVIEW

Arne Hordt: »Aus Sicht der Bergarbeiter handelte es sich nicht um ein aussichtsloses Gefecht«

25. OKT 2018 | GEORGIOS CHATZOUDIS

Arne Hordt über den Miners' Strike und die Rheinhausen-Proteste in den 1980er Jahren. Hordt ist Historiker, er hat in seiner Dissertation den damaligen Konflikt in der britischen und der deutschen Montanregion untersucht und miteinander verglichen.

Herr Dr. Hordt, Sie haben im Rahmen ihrer Dissertation Proteste und Streiks in in den 1980er Jahren untersucht – genauer: den Bergarbeiterstreik 1984/85 in Nordostengland und die Proteste der Stahlarbeiter 1987 in Rheinhausen. Warum dieses Thema? Welche Vorüberlegungen haben Sie zu Ihrer Studie geführt?

Arne Hordt: Das Thema hat sozusagen drei Wurzeln. Die eine ist wissenschaftlich: Anselm Doering-Manteuffel hat das Projekt als zukünftiger Doktorvater in mehreren Schritten – von einer Hausarbeit im Hauptseminar über die Abschlussarbeit bis zum Teilprojektantrag für den SFB 923 »Bedrohte Ordnungen« – gemeinsam mit mir entwickelt. Das war ein längerer Prozess, auch in Verbindung mit dem Besuch des Oberseminars zu Fragen der Ideengeschichte, in dessen Verlauf das Thema entstanden ist.

Die zweite Wurzel ist meine persönliche Herkunft und Betroffenheit: Ich stamme aus dem Ruhrgebiet, einer meiner Großväter war Schmelzer auf einer Hütte in Duisburg. Die Lebenswelt, in der meine Mutter aufgewachsen ist, die ich noch als Kind bei den Großeltern kennengelernt habe, gibt es nicht mehr. Sie in Teilen zu rekonstruieren und als geschichtsfähiges und -würdiges Thema zu behandeln, war mir ein Anliegen.

Die dritte Wurzel ist meine Liebe zu England, zur englischen Sprache und zur Kultur der britischen Arbeiterklasse. Es ist einfach ein tolles Land mit sehr freundlichen Menschen. Meine Forschungsreisen waren eine gute Gelegenheit, es noch besser kennenzulernen. Dass wissenschaftliches Interesse, Reflexion über die eigene Herkunft und persönliche Neigung sich in einer Doktorarbeit niedergeschlagen haben, entspricht also einer guten Fügung.

Ihr Buch trägt den Titel »Kumpel, Kohle und Krawall«, der auch die Schlagzeile einer Zeitung hätte sein können. In dem Dreiklang schwingt vieles mit, was Sie in Ihrer Arbeit analysieren. Die soziale und möglicherweise untereinander solidarisch sich verhaltende Gruppe der Montanarbeiter, das Produkt bzw. der Profit der Arbeit sowie die Auseinandersetzung um deren Erhalt bzw. deren Rentabilität. Würden Sie das so bestätigen? Sind das die wesentlichen Untersuchungsgegenstände Ihrer Analyse?

Arne Hordt: Ja, das ist eine mögliche Lesart des Titels: Die Menschen und ihre – zuweilen fragile, zuweilen entschiedene – Solidarität, das Produkt der Arbeit, Profit aber auch Arbeitsstolz, zuletzt die Wirkmächtigkeit von Konflikten in der Geschichte. Ein bisschen ist der Titel auch als Kritik gemeint: Die deutsche Zeitgeschichte vernachlässigt aus meiner Sicht Konflikte als historische Analysekategorie, obwohl es uns doch gerade heute interessieren muss, warum bestimmte Gesellschaften z. B. auch sehr harte, handfeste Auseinandersetzungen ohne Brüche im politischen System aushalten.

Sie zeigen, dass die Tatsache, dass beide Konflikte Mitte der 1980er Jahre situiert sind und einen Sektor der »alten« Schwerindustrie in führenden Nationen des Westens betreffen, kein Zufall ist. Vielmehr haben wir es mit den Schließungen von Zechen, Bergwerken sowie Eisen- und Stahlhütten und den Folgen einer massiven Umstrukturierung in den Industrienationen seit den frühen 1970er Jahren zu tun – der Wandel von den Industriegesellschaften zu Dienstleistungsgesellschaften und Finanzmarktplätzen. Man könnte hier also einen klassischen Konflikt zwischen Arbeit auf der einen Seite und Kapital auf der anderen Seite vermuten, in dem die Arbeiterseite ein aussichtsloses Rückzugsgefecht führt. Sie widersprechen dieser gängigen Deutung und sehen in dem Aufruhr in der Montanregion eher eine Auseinandersetzung um Konfliktmodalitäten. Könnten Sie das bitte kurz erklären? Steht das nicht im Widerspruch beispielsweise zur Politik der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher, die der Gesellschaft – free society, deregulation,

privatization etc. - und insbesondere der Bergbauindustrie den Krieg erklärt hatte und den Konflikt ideologisch auflud?

Arne Hordt: Den Widerspruch sehe ich so nicht. Aus Sicht der Arbeiter (und ihrer Angehörigen) handelte es sich ja gerade nicht um ein aussichtsloses Gefecht. Es standen zumindest immer Abfindungen für die aktiv Beschäftigten auf dem Spiel, oft aber auch zentrale Elemente der Wertschöpfung in einer Region. Kohle und Stahl sind ja integrierte Industrien, bei denen das Vorhandensein bestimmter Vorprodukte oder bestimmter Betriebe zur Herstellung von Zwischenprodukten entscheidend sein kann für die Rentabilität des gesamten Industriezweigs. Ein Beispiel: Wenn man die Walzstraße aus dem Stahlwerk entfernt, kann man keine Bleche mehr zur Veredelung ins Nachbarwerk liefern. Dann lohnt sich oft auch der Bau von Industrieanlagen, Brücken oder sonstigen Endprodukten aus Stahl nicht mehr. Die Rheinhausener hatten einige Jahre zuvor erfolgreich für den Erhalt ihres Walzwerks gekämpft, warum sollte das nicht für die ganze Hütte möglich sein? So etwas wie Unausweichlichkeit, »there is no alternative«, entsteht immer erst aus dem Rückblick oder weil zeitgenössische Interessen Alternativlosigkeit propagieren.

Dennoch hat es diesen Trend gegeben, Kohle und Stahl waren nicht mehr rentabel. Das war aber in den 1980er Jahren nichts Neues. Die meisten Zechen in Großbritannien wurden in den 1960er Jahren geschlossen. Die Zahl der Arbeitnehmer in der deutschen Stahlindustrie erreichte Mitte der 1960er Jahre ihren absoluten Höhepunkt. Die Tatsachen von Schließungen und Arbeitsplatzabbau allein erklären also nicht, warum es zur Eskalation kommt. Dafür ist der veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontext der 1980er Jahre entscheidend. Die ideologische Zuspitzung durch die sogenannten Neoliberalen um Thatcher hat viel dazu beigetragen. Aber auch bei Thatcher würde ich nie so weit gehen, ihr einen »Krieg gegen die Gesellschaft« zu unterstellen, sie sagte einmal »there is no such thing as society«, weil Thatcher – mit einem großen Teil des liberalen und konservativen Denkens in der angelsächsischen Welt – ein extrem zugespitztes, individualistisches Modell von Gesellschaft vertrat.

Entscheidend war das Aufeinandertreffen dieses neuen (oder vielmehr: wiederauferstandenen) Zeitgeistes mit dem älteren, kollektivistischen Modell der Konfliktaustragung und –beilegung in den Montanrevieren. Wenn Arbeitsverhältnisse nicht mehr als Ergebnis kollektiver Vereinbarungen, sondern ausschließlich als individuelle Verträge gesehen werden, wird Streikbrechen zum Bürgerrecht, »right to work« sagten die Konservativen damals. Damit verschwindet aber eine entscheidende Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in der Arbeitswelt. Das geschah im Miner's Strike und so wurde tatsächlich das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit ausgehebelt. Entscheidend für die Eskalation vor Ort war aber, dass die Unternehmensführung im britischen Kohlebergbau damit auch alle lokal und regional wirksamen Mechanismen der Deeskalation sabotiert hatte, z. B. Vereinbarungen zwischen pit managers und Betriebsgruppen der Gewerkschaft vor Ort. Übrigens gegen großen Widerstand im Unternehmen, wo die erfahrenen Kräfte im sogenannten industrial relations department immer darauf zählten, die radikale Gewerkschaftsführung eher durch solche lokalen Kompromisse bei gleichzeitigem Respekt gegenüber der gewerkschaftlichen Autonomie zu schwächen.

Es geht mir also darum, im Sinne der »Nach-dem-Boom-These« von Doering-Manteuffel und Raphael die Wechselwirkungen zwischen lokalen Konflikten und einer übergeordneten Ebene politischer Diskurse und ökonomischer Konjunkturen aufzuzeigen, weniger um eine eindeutige Zuordnung nach dem Motto: Erst gewinnt die Arbeiterschaft, dann schlägt das Kapital zurück.

Wenn man sich die Austragung der Konflikte in England und in Deutschland genauer anschaut und miteinander vergleicht - was hat die deutsche von der britischen Protest- und Streikkultur unterschieden? War die britische gewaltorientierter, die deutsche dagegen ritualisierter und damit auch eingehogter?

Arne Hordt: Nein, doch in beiden Fällen herrschte auf Seiten der Streikenden ein sehr genaues Empfinden für legitime Verhaltensweisen, bei den eigenen Leuten, bei der Polizei oder bei Führungskräften im Unternehmen. Die Gewalt eskalierte immer dann, wenn dieses Empfinden – das man natürlich nicht mit dem geltenden Strafrecht verwechseln darf – verletzt wurde. Das war in Nordostengland und in Rheinhausen gleich. Im politischen Diskurs wurden die Bergleute in Großbritannien aber als innerer Feind, als »enemy within« dargestellt. Das gab es so in Deutschland nicht. Die Polizei, Staatsanwaltschaft und der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor legten das Demonstrationsrecht so weit aus, dass man z. B. nicht einmal gegen die Brückenbesetzungen in Duisburg vorgehen musste. In Großbritannien wurde hingegen regelrecht nach Rechtsbrüchen und nach Möglichkeiten gesucht, sie strafrechtlich oder auch durch außerordentliche Kündigungen zu ahnden. So entstand dort ein ganz anderes Klima, in dem Gewalt für die Arbeiter oft der letzte Ausweg war, um das, was als gefühlte Ordnung galt, durchzusetzen. Es gab einige vergebliche Reparaturversuche, etwa eine Kommission im Unterhaus,

die untersuchte, ob Bergleute zu Unrecht entlassen wurden. Aber das hat nichts mehr gebracht. Staat, Polizei und London sind im Nordosten bis heute abgemeldet.

Ein sehr interessanter Aspekt in Ihrer Arbeit ist sowohl die Erinnerung an die beiden Ereignisse als auch der Ausgang der Proteste und die weitere Entwicklung der betroffenen Regionen. Im Ruhrgebiet ist die Erinnerung an die Proteste an sich eher verblasst bzw. musealisiert worden, in Nordostengland wird die Erinnerung mit viel Aufwand nach wie vor hochgehalten und politisch instrumentalisiert. Warum ist das so? Und welche Auswirkungen hat das auf die jeweils betroffene Bevölkerung und deren Identitätskonstruktionen in den Montanregionen?

Arne Hordt: Ein wichtiger Grund dafür ist die klare politische Orientierung der Gewerkschaften an der Labour Party. Da gibt es von Anfang an nur eine mögliche Interpretation der Ereignisse: Das war ein Klassenkampf gegen die Gewerkschaften. Ein anderer Grund ist sicher, dass es auch für die Bewältigung des Strukturbruchs nach dem Miners' Strike keine nennenswerten Hilfen für die Regionen gab. Im Nordosten finden Sie keine Fachhochschulen auf ehemaligen Zechengeländen, wie im Ruhrgebiet. Für viele Bergarbeiter im Nordosten kam der letzte Arbeitstag in ihrem Leben kurz nach dem Streik, spätestens Anfang der 1990er Jahre. Danach kam nichts. Fünfzehn oder zwanzig Jahre ohne Beschäftigung im besten Alter, das macht bitter und dann erinnert man sich eben an den letzten identitätsstiftenden Moment im Leben.

Ein weiterer Grund dürfte sein, dass sich diejenigen, die sich nicht mit dem Streik identifizierten, auch nicht groß in die Erinnerungsarbeit einbringen. So ist insgesamt eine Opfererzählung entstanden, die tendenziell eher rückwärtsgewandt wirkt. Aber auch die Neubelebung der Labour Party unter Jeremy Corbyn, die zumindest bei den Aktivisten neue politische Energie freisetzt, geht auf diese Gefühlslage zurück. Vor einigen Wochen war ich bei der Miners' Gala, dem alljährlichen Aufmarsch der Bergleute in Durham. Egal was man von Corbyns Politik hält, es gibt da eine Energie, die viele, auch junge Leute, inspiriert.

Die regionale Identität im Ruhrgebiet ist hingegen weniger an eine bestimmte politische Identität gebunden, sie ist offener, zugleich aber auch viel bürgerlicher. Das passt besser zur deutschen Mentalität, alle wollen und sollen Mittelschicht sein. Das Ruhrgebiet muss aber nach wie vor aufpassen, dass es sich nicht zu sehr in diesem Mittelmaß und in den – beachtlichen – Erfolgen bei der Bewältigung des Strukturwandels einrichtet. Hier wird es spannend zu sehen, ob die regionale Identität ihren ausgeprägten Bezug zu den industriellen Wurzeln behält. Industriekultur ist eine Marke geworden, aber Marken unterliegen auch Trends. Wie es wirklich wird, zeigt wie immer die Geschichte.

Georgios Chatzoudis ist Journalist und Redaktionsleiter Online bei der Gerda-Henkel-Stiftung.

Das Interview erschien zuerst auf L.I.S.A., dem Wissenschaftsportal der Gerda-Henkel-Stiftung. Wir danken für die Genehmigung zur Zweitveröffentlichung. Arne Hordts Dissertation erschien unter dem Titel »Kumpel, Kohle und Krawall« bei Vandenhoeck & Ruprecht.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/arne-hordt-aus-sicht-der-bergarbeiter-handelte-es-sich-nicht-um-ein-aussichtsloses-gefecht--2256.html>

PDF erstellt am: 12.12.2018